

Sonderheft 1 der Mitteilungen der Auskunftsstelle Vereinigter Verbände  
Berlin N 24, Friedrichstraße 136. Tel. Norden 8108. Januar 1918.

Zusammengestellt von Generalsekretär Ernst Mosich, Schmargendorf (Berlin)

Das Sonderheft ist einzeln einschließlich Versandkosten zum Preise von 20 Pf. zu beziehen  
von 50 Stück an aufwärts zum Preise von 12 Pf. pro Exemplar zu beziehen.



## Voraussetzung und Wert des deutschen Kolonialbesitzes.

Es handelt sich bei der vorliegenden Zusammenstellung nicht um den Versuch, im Hinblick auf ein bestimmtes Ziel ein kolonialpolitisches Programm aufzustellen. Eine solche Aufgabe zu erfüllen ist Sache der verschiedenen Vereinigungen, deren Programminhalt die Verfolgung konkreter Ziele darstellt. Hier kann es sich nur darum handeln, eine Darstellung der verschiedenen vor allem in den letzten Kriegsjahren in der Öffentlichkeit laut gewordenen Stimmen und Meinungsäußerungen zu bieten, um damit dem, der der kolonialpolitischen Zukunft Deutschlands näheres Interesse entgegenbringt, ein Bild der verschiedenen Auffassungen und Strömungen zu geben.

### Voraussetzung.

Ein Angehöriger des neutralen Schweden, Professor Kjellén, ist es gewesen, der in einem sehr eingehenden Artikel im Dezember 1915 den Nachweis führte, daß die deutsche Auslandspolitik vor dem Kriege auf einem Irrtum aufgebaut war — dem Glauben an die Möglichkeit einer Versöhnung mit England, an die Möglichkeit eines Nebeneinandergehens auf dem Weltmeer und an den „Risikogedanken“, durch den England im Interesse der Erhaltung seiner Vorherrschaft zur See von Angriffsabsichten gegenüber dem durch eine starke Flotte geschützten Deutschland abgehalten werden sollte — und daß Deutschland geopolitisch der natürlichen Operationsbasis zum Aufbau einer Kolonialmacht entbehre. Die Voraussetzungen für einen unmittelbaren Zusammenhang des Mutterlandes mit den Kolonien fehlen. In seiner Schrift über „Die politischen Probleme des Weltkrieges“ sagt Kjellén noch klarer zu diesem Problem: „Deutschlands Kolonien liegen weit entfernt in Afrika, und es beruht bei der gegenwärtigen Konstellation ganz und gar auf Englands Gnade, ob das Mutterland in Verbindung mit ihm treten darf oder nicht. Der Weltkrieg hat die Rechnung bestätigt.“



Diese neutrale Stimme deckt auch gleichzeitig die Probleme auf, die die Voraussetzung jeder Kolonialbetätigung bilden:

### Die volle Bewegungsfreiheit des Mutterlandes, den inneren Zusammenhalt des gesamten Besitztums.

Den Zusammenhang von Seegeltung, d. h. Bewegungsfreiheit, und Kolonialbetätigung hat man in Deutschland mehr und mehr erkannt. Professor Stahlberg hat in den „Neuen Zeitungsbeiträgen“, Berlin, 6. September 1916, scharf betont, daß die Seegeltung Voraussetzung der Kolonialpolitik ist. Er schreibt hierzu:

„Es ist nicht wahr, daß fehlende Seemacht durch koloniale Betätigung ausgeglichen werden kann, daß Seegeltung aus Kolonialgeltung entsteht. Gerade umgekehrt wird ein Schutz daraus: Seegeltung geht vor Kolonialgeltung. Bei so klarer Sachlage können wir es doch in keiner Weise für möglich halten, daß unser Reich Wege geführt werden sollte, die sich schlechterdings als nicht gangbar erwiesen haben. Denn die Verständigungsversuche, die von uns immer wieder aufgenommen wurden, hat England folgerichtig nur benutzt, um unserer Seemacht soweit Abbruch zu tun, daß sie in englischen Augen keine Seemacht mehr war, noch werden konnte; als das dank dem geunden, starken Widerstande unserer Marineleitung nicht erreicht werden konnte, war für England an dem Beschluß nichts mehr zu ändern; Deutschland mußte vernichtet werden.“

Der Nachfolger Adolf Wagners auf dem nationalökonomischen Lehrstuhl der Berliner Universität, Geheimrat Schumacher, hat noch energischer den Standpunkt vertreten, daß es zur außen- und insbesondere zur kolonialpolitischen Betätigung notwendig ist, den Zustand der letzten Friedenszeit zu überwinden. In der „Bosfischen Zeitung“ vom 10. Juni 1917 schreibt er:

„Selbst wenn es gelänge, an Stelle des rücksichtslosen Seemonopols Englands das Ideal der Freiheit des Weltmeeres zu verwirklichen, was würde es uns nützen, wenn uns der Zugang zu diesem nassen Reich der Freiheit jederzeit wie heute verwehrt werden könnte? ... Freiheit der Meere heißt für uns Deutsche in erster Linie Sicherung des Zuganges zum Weltmeer.“

Der Leiter der „Bosfischen Zeitung“, Georg Bernhard, hat am 11. Juni 1917 in dieser Zeitung diese Forderung nachdrücklich unterstützt und dazu folgendes bemerkt:

„Der lebhafteste Wunsch, unsere Kolonien zurückzubekommen, darf uns beim Friedensschluß nicht etwa veranlassen, England kontinentale Zugeständnisse zu machen. ... Wir dürfen nie vergessen, daß Kolonien ohne Seegeltung etwas Unmögliches sind. Was nützt uns das schönste Kolonialreich, auf dem alle Früchte des Paradieses wachsen, wenn wir sie im Kriegsfall nicht zu uns schaffen können? ... Wenn wir nicht unsere Kontinentalmachtstellung so ausbauen, daß England aus Furcht vor unserer Seemacht es nicht wagen kann, uns den Weg zu unseren Kolonien abzuschneiden, so werden wir in Zukunft gerade wegen unseres umfangreichen Kolonialreiches vor jeder englischen Flottendrohung ins Knie sinken müssen. Gerade um Kolonialpolitik zu treiben und ein Kolonialreich erhalten zu können, müssen wir in allererster Linie unsere Kontinentalstellung gegenüber England befestigen.“

Den Zusammenhang der beiden grundlegenden Voraussetzungen jeder Kolonialbetätigung — Bewegungsfreiheit und innerer Zusammenhalt — hat Freiherr von Mackay in Heft 44 des „Größeren Deutschland“, Jahrgang 1916, dargestellt:

„In der Tat nimmt, auch wenn Kolonien noch so vorsorglich militärisch und politisch auf eigene Füße gestellt werden, keineswegs mit dem absoluten Wachstum überseeischer Macht die Notwendigkeit der Sicherung ihrer Verbindungen mit dem Mutterlande ab: daß das Gegenteil der Fall ist, beweist schon England, dessen Imperialismus und Förderalismus mit dem Programm der „Closer union“ desto kräftiger in die Palme schoß, je mehr sich Großbritanniens Ueberseepolitik ausdehnte. Kolonial- und Seemachtpolitik sind nicht Strahlen zweier verstreuter Lichtquellen nationalen Machttriebes, sondern Seiten eines Parallelogramms von Kräften, so wie andererseits Orient und Afrika nicht als Gezeiten, sondern als sich ergänzende Ziele der Weltmachtwerdung Deutschlands erscheinen, die erst durch deren Zusammenfassung von den Zufälligkeiten und Linien der Kaperkriege und Ringbildungen seegewaltiger Mächte unabhängig werden können.“

Professor Hellauer hat in seinem „System der Welthandelslehre“ eingehend die Entwicklungsbedingungen des internationalen Handels besprochen und als eine der vornehmsten Grundlagen des Welthandels die Sicherheit des Verkehrs und die Sicherheit der außerhalb liegenden Handelsniederlassungen bezeichnet. Für die Kolonialbetätigung läßt sich dies in noch erhöhtem Maße sagen. Es war bereits erwähnt, daß für Deutschland die geopolitischen Verhältnisse so ungünstig lagen, daß man darauf verzichten mußte, eine vollkommen gesicherte Verbindung zwischen Mutterland und Kolonien herzustellen. Um aber trotzdem die kolonialisatorische Tätigkeit nicht zu lähmen, wurde am 26. Februar 1885 auf Anregungen des Königs Leopold von Belgien durch den damaligen deutschen Reichskanzler, Fürst Bismarck, die sogenannte Kongo-Akte in Berlin zum Beschluß erhoben und von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, Großbritannien, Italien, Holland, Luxemburg, Portugal, Rußland, Schweden, Norwegen und der Türkei unterzeichnet. Damit wurde ein bedeutender Teil Mittelafrikas, und zwar das Becken des Kongo und die daran grenzenden Länder neutralisiert. Von besonderer Bedeutung war die Ausdehnung der Neutralisierung auch auf die Gebiete östlich des Kongobeckens bis zum indischen Ozean, wodurch ein großer Teil Deutsch-Ostafrikas mit in die neutralisierte Zone einbezogen wurde. War im Kriegsfall die Verbindung über den indischen Ozean nicht möglich, so wäre doch bei der Schiffbarkeit des Kongo und der Neutralisierung eines umfangreichen Teils des atlantischen Ozeans in seinem Mündungsgebiete die Herstellung eines Verbindungsweges von Westen her für Deutsch-Ostafrika erreichbar gewesen.

Es seien hier die bemerkenswertesten Artikel der Kongo-Akte wiedergegeben:

#### Artikel 10:

„Um dem Handel und der Industrie eine neue Bürgschaft der Sicherheit zu geben und durch die Aufrechterhaltung des Friedens die Entwicklung der Zivilisation in denselben Ländern zu sichern, welche im Artikel 1 erwähnt und dem System der Handelsfreiheit unterstellt sind, verpflichten sich die hohen Teile, welche die gegenwärtige Akte unterzeichnen, und diejenigen, welche ihr in der Folge beitreten, die Neutralität der Gebiete oder Teile von Gebieten, welche den erwähnten Ländern angehören, einschließlich der territorialen Gewässer, zu achten, so lange die Mächte, welche Souveränitätsrechte über diese Gebiete ausüben oder ausüben werden, von dem Rechte, sich für neutral zu erklären, Gebrauch machen, und den durch die Neutralität bedingten Pflichten nachkommen.“



## Artikel 11:

„Falls eine Macht, welche Souveränitäts- oder Protektoratsrechte in den erwähnten Ländern ausübt, in einen Krieg verwickelt werden sollte, verpflichten sich die hohen Teile, welche die gegenwärtige Akte unterzeichnen, sowie diejenigen, welche ihr in der Folge beitreten, ihre guten Dienste zu leihen, damit die dieser Macht gehörigen und in der konventionellen Freihandelszone einbezogenen Gebiete, im gemeinsamen Einverständnis dieser Macht und des anderen oder der anderen der kriegführenden Teile, für die Dauer des Krieges den Gesetzen der Neutralität unterstellt und so betrachtet werden, als ob sie einem nicht kriegführenden Staate angehörten. Die kriegführenden Teile würden von dem Zeitpunkt an darauf Verzicht zu leisten haben, ihre Feindseligkeiten auf die also neutralisierten Gebiete zu erstrecken oder dieselben als Basis für kriegerische Operationen zu benutzen.“

## Artikel 25:

Die Bestimmungen der gegenwärtigen Schiffahrtsakte sollen in Kriegszeiten in Kraft bleiben. Demgemäß soll auf dem Kongo, seinen Verzweigungen, Nebenflüssen und Mündungen, sowie auf den letzteren gegenüberliegenden Teilen des Küstenmeeres die Schiffahrt aller Nationen, neutraler wie kriegführender, zu jeder Zeit für den Gebrauch des Handels frei sein.

Der Handel soll gleichfalls, ungeachtet des Kriegszustandes, frei bleiben auf den in den Artikeln 15 und 16 erwähnten Strassen, Eisenbahnen, Seen und Kanälen (d. h. im ganzen vom atlantischen zum indischen Ozean reichenden Kongobecken).

Dieser Grundsatz erleidet eine Ausnahme nur bezüglich der Beförderung von Gegenständen, welche für einen kriegführenden bestimmt und nach dem Völkerrecht als Kriegskontribunde anzusehen sind.

Alle in Ausführung der gegenwärtigen Akte geschaffenen Werke und Einrichtungen, namentlich die Hebestellen und ihre Maschinen, sowie die bei diesen Einrichtungen dauernd angestellten Personen sollen den Gesetzen der Neutralität unterstellt sein und demgemäß von den kriegführenden geachtet und geschützt werden.“

Ueber den Zusammenbruch der auf die Kongo-Akte gesetzten Hoffnungen und die hieraus zu ziehenden Folgerungen schrieb Legationsrat Dr. Alfred Zimmermann am 3. Juni 1917 in der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung“:

„Ohne jede Rücksicht auf den Kongovertrag, ohne daß die Neutralen auch nur den leisesten Versuch gemacht haben, für die Heiligkeit der Berliner und Brüsseler Verträge einzutreten, haben England und seine Genossen sich darüber hinweggesetzt und Deutschland seiner Kolonien gewaltsam beraubt. Ob es dabei vor der Hand sein Bewenden haben wird, hängt vom Ausgange des Weltkrieges ab. Siegt England, bleibt auch nur seine Herrschaft auf dem Weltmeer ungebroschen, so würde Deutschland, selbst im Falle der Rückgabe der Kolonien, immer nur ihr Besitzer von Englands Gnade sein. Es läme in dieselbe Haltung zu diesem wie Frankreich, Holland, Portugal, Spanien, Italien oder Belgien. Nur wenn Staaten wie Rußland, Japan und die Vereinigten Staaten sich mit Deutschland verbänden, wäre es möglich, Kolonialbesitz auch ohne Englands Genehmigung auf die Dauer zu behaupten, solange England die Meere beherrscht und imstande ist, das von der Königin Elisabeth zu Anfang des siebzehnten Jahrhunderts erdachte europäische Gleichgewicht in seinem Sinne zu erzwingen. Will also Deutschland seinen Platz an der Sonne nicht nur wiedergewinnen, sondern dauernd befestigen, so muß es England niederzwingen.“

Nachdem es sich herausgestellt hat, daß der Neutralitätsvertrag nicht genügt, um die mittelafrikanischen Gebiete im Kriegsfall zu schützen, ist naturgemäß sehr stark die Forderung nach einer Ausgestaltung des Kolonialbesitzes aufgetaucht, damit er der Voraussetzung der militärischen Sicherheit durch eigene Kraft zu genügen vermag. In der Monatschrift: „Nord und Süd“ stellte Freiherr von Rechenberg im

Februar 1917 die Forderung auf, ein geschlossenes, verteidigungsfähiges Kolonialreich zu schaffen. Er schreibt dort:

„... Wie der Kolonialbesitz beschaffen sein muß, damit er auch in kriegerischen Zeiten behauptet werden kann, hat uns der gegenwärtige Krieg gelehrt; er muß so ausgedehnt sein, daß er in sich selbst die Kräfte zu seiner Verteidigung wenigstens in der Hauptsache und wenigstens so lange findet, bis der Krieg, welcher über sein Schicksal entscheidet, auf anderen Schauplätzen entschieden ist, auf Schauplätzen, auf denen unser Heer und unsere Marine die Entscheidung herbeiführen.“

Die einzige deutsche Kolonie, welche sich noch gegen die feindliche Uebermacht behauptet, ist Deutsch-Ostafrika. An diese grenzt das belgische Kongogebiet.

Wenn Belgien — so wie wir hoffen und wie es seiner Bevölkerung und deren Wünschen entspricht — zum Teil an Frankreich, zum Teil an Deutschland fällt, so würden der belgische Kongo und der französische Kongo einschließlich der Tschad- und Schari-Territorien und Wadai an den deutschen Kolonialbesitz anzugliedern sein. Seine Ergänzung würde dieser Besitz noch finden in dem Erwerb vom britischen Ostafrika und Uganda, für welche Kamerun, Neu-Guinea und unsere Besitzungen in der Südsee aufzugeben wären. Dieser geschlossene Kolonialbesitz bietet in sich genügende Verteidigungs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Togo, das isoliert bliebe, wäre allerdings weiterer Entwicklungsmöglichkeiten beraubt, und es wäre in Erwägung zu ziehen, ob es besser gegen Nordrhodesia und Nyassaland England überlassen würde, da diese englischen Besitzungen schon jetzt in nicht englisches Gebiet eingeklemmt sind. Bezüglich der portugiesischen Kolonien würde der Vertrag von neuem bestätigt werden, welchen seinerzeit Deutschland und Großbritannien über dieselben abgeschlossen haben.

Deutschland würde auf diese Weise einen in sich geschlossenen, verteidigungsfähigen und an der Westküste leicht erreichbaren Kolonialbesitz haben, der deutschem Unternehmungsgeist ausreichendes Betätigungsfeld bieten und dazu beitragen kann, die uns fehlenden Rohstoffe, seien sie nun Mineralien oder landwirtschaftliche Erzeugnisse tropischer Art, herbeizuschaffen. Versichert man sich bei der Verwaltung der Sympathie der Eingeborenen, so kann man auch auf dieselben im Kriegsfall rechnen, wie wir es bei Ostafrika gesehen haben. Die Ausdehnung des deutschen Kolonialbesitzes wäre dann eine derartige, daß eine Eroberung von einem unserer Gegner, selbst wenn die Kolonien während dieser Zeit sich selbst überlassen blieben, nicht durchgeführt werden könnte. Andererseits würden derartige koloniale Ziele dem deutschen Programme, Gebietserweiterungen nur behufs Sicherung anzustreben, durchaus entsprechen, und dem Gegner keine Opfer auferlegen, die ihm unerträglich dünken müssen.“

Freiherr von Mackay ist in Nr. 9 der Deutschen Kolonialzeitung vom 20. September 1917 diesen Plänen entgegengetreten. Er wies dort auf die Erfahrungen hin, die Deutschland in den kolonialpolitischen Verhandlungen mit England gemacht hat, auf das Hin und Her in den Versprechungen bezüglich der Erwerbung des portugiesischen Besitzes und schreibt dann wörtlich über die Bestrebungen, gegen den Erwerb des Kongostaates auf andere frühere Besitzungen Deutschlands zu verzichten:

„Die Wurzel aller solcher Vorschläge liegt zutage: sie sind geboren aus dem Ritterschoße der Begeisterung für interkoloniale Politik, für die Entwicklung politisch und wirtschaftlich selbständiger und organisch gebundener überseeischer Großmächtschöpfungen. Daß die Kriegserfahrungen erst recht auf die Verwirklichung solcher Pläne drängen, bedarf gewiß keiner näheren Begründung; sie haben aber zugleich jeden Nachdenklichen deutlich darauf hingewiesen, daß nichts unfruchtbarer und schädlicher sein könnte als die schematische Auffassung eines solchen an sich richtigen Gedankens. Es kommt sicherlich nicht allein darauf an, einen großen Vloed afrikanischen Länderguts dem Deutschen Reich zuzuwenden, es handelt sich vielmehr vorab um folgende Ziele: 1. Gute Verteidigungsfähigkeit des Besitzes und leichte Aufrechterhaltung der Verbindungen mit



dem Mutterland. 2. Vorteilhafte Grenzen derart, daß dem Feind möglichst wenig offene und leicht durchzustößende Fronten gegeben sind. 3. Eignung des Koloniallandes für deutsche Besiedelung, um die Grundlagen einer starken Schutztruppe zu schaffen. 4. Sicherung der wichtigsten industriellen Rohstoffe, so zwar, daß im Kriegsfall die militärischen Bedürfnisse aus den Bodenschätzen des Landes selbst gedeckt werden können.

Das erstere Ziel erfordert offensichtlich gute Häfen, die mit Arsenalen, Werften, Docks ausgestattet, dem Kreuzerkrieg einen zuverlässigen Rückhalt geben. Den Kongostaat in seiner heutigen Gestalt könnte man mit einer didbauchigen Neorte vergleichen, die nur mit einem sehr engen Mundstück Wasser aus dem Atlantischen Ozean aufnimmt: mit dem schmal abgegrenzten Kongomündungsgebiet bei Boma. Hier aber, wo der Kongo jährlich Erd- und Schlammassen in der Menge von 350 Millionen Kubikmeter auswirft, dürfte sich kaum jemals ein Hafen ersten Ranges herstellen lassen. Auch wenn man annimmt, daß Belgisch-Kongo Deutsch-Ost angegliedert wäre, bessern sich diese Verhältnisse in keiner wirklich befriedigenden Form.

Damit hängt das Problem des Grenzschutzes unmittelbar zusammen. Afrikanischer Besitz ist, wie es die Kriegslehren bezeugen, nur von der Küste her wirksam zu verteidigen; muß diese preisgegeben werden, so mag der Kampf ums Inland noch so lange fortgesetzt werden; letzten Endes gleicht er doch immer dem Ringen einer belagerten Festungsmannschaft, die trotz heldenmütigen Widerstandes ohne Einfluß von außen vor dem unvermeidlichen Zusammenbruch ihrer Widerstandskraft steht. Dabei weist der Kongostaat nirgendswo, abgesehen von der östlichen Seemüde, die aber für die Kampflage Deutschlands keine Vorteile böte, einen von Natur starken Grenzschutz auf, wohl aber desto mehr offene Einfaltore und schwer zu verteidigende Außenwerke, mit deren Fall — wie beispielsweise beim Katangazipsel — zugleich das Schutzgebiet wirtschaftlich ins Herz getroffen würde. Erst recht bietet das ganze mittelafrikanische Kongogebiet wenig Aussichten für deutsche bäuerliche Besiedelung, der Granitgrundlage und dem Jungbrunnen aller militärischen Kraft. Weit aus überwiegend ist es ausgesprochenes Pflanzungsland für den Betrieb mit Neger-Arbeiterschaft, einzelne für europäische Besiedelung geeignete Strecken werden immer Inseln im Schwarzen Meer der eingeborenen Volksmassen bleiben.“

Im Hinblick auf die etwaige Aufgabe unserer außerafrikanischen Besitzungen wendet sich im „Tag“ vom 17. April 1917 der Wirkliche Geheime Legationsrat Dr. von Buchka ebenfalls gegen die ausschließlich Mittelafrika erstrebenden Strömungen. Dabei hat er allerdings nicht nur die von Rechenberg vertretene Politik im Auge, sondern auch die von dem bekannten Kolonialpolitiker Emil Zimmermann verfolgte Mittelafrikapolitik, deren Grundlagen noch später erwähnt werden sollen. Dr. von Buchka schrieb:

„... Leider mehren sich nun neuerdings die Stimmen, und zwar auch von Kolonialpolitikern mit Namen von gutem Klang, die die Forderung einer restlosen Wiederherausgabe aller uns geraubten Kolonien nicht mehr in vollem Umfange aufrechterhalten wollen, und da sind es in erster Linie die bisherigen deutschen Besitzungen in der Südsee, deren Aufgabe als nicht verteidigungsfähiger Außenposten das Wort geredet wird zugunsten des Erwerbes eines abgerundeten, großen und in sich selbst verteidigungsfähigen Kolonialgebietes in Zentralafrika. Die Möglichkeit, daß wir unsere Kolonien in der Südsee ebensowenig wieder zurückerhalten wie das Pachtgebiet Kiautschou, auch wenn wir in Europa auf der ganzen Linie siegreich bleiben, muß jeder verständige Mensch zugeben; das Schicksal dieser Kolonien wird eben nicht ausschließlich auf europäischen Schlachtfeldern und durch die Niederungung Englands zur See mittels des U-Boot-Krieges entschieden.

... Für den Erwerb unserer Südseebesitzungen kamen seinerzeit, abgesehen von dem Schutze alter deutscher Handelsinteressen von erheblichem Umfange, ohne Zweifel auch strategische und allgemein politische Gesichtspunkte in Betracht. Die

immer weitergreifende Ausdehnung unserer Handelsbeziehungen erforderte einen wirksamen Schutz durch die deutsche Kriegsflagge auf dem ganzen Erdenrund und machte den Uebergang von unserer bisherigen europäischen Festlandspolitik zur Weltpolitik zu einer gebieterischen Notwendigkeit. Es sind dies die letzten Gründe, auf die der Ausbruch des gegenwärtigen Weltkrieges zurückzuführen ist. Die Kolonien, die wir in dem Stillen Ozean erwarben, boten durch ihre geographische Lage sowie durch militärisch geeignete sichere Häfen die erforderlichen Flottenstützpunkte, um auch in den weiten Gebieten der Südsee die deutschen Interessen mit Nachdruck zu vertreten und das Ansehen des deutschen Namens aufrechtzuerhalten. Die Eröffnung des Panamakanals brachte uns überdies unsere Südseebesitzungen ein erhebliches Stück näher und stellte weitere Entwicklungsmöglichkeiten für unsere Südpolitik in Aussicht. Der dauernde Verlust aller unserer dortigen Stützpunkte müßte mit folgerichtiger Notwendigkeit auch unserem bisherigen Prestige und unserem darauf beruhenden politischen Einfluß in der Südsee ein Ende machen.“

Zwei Vertreter des Gedankens „Mittelafrika“ seien in diesem Abschnitt noch angeführt, da sie den Zusammenhang dieses kolonialpolitischen Gedankens mit dem gesamten Komplex der Probleme der Auslandspolitik überhaupt deutlich erkennen lassen und zwar Dr. Carl Peters und der oben erwähnte Emil Zimmermann. Dr. Carl Peters schrieb in der „Deutschen Export-Revue“ vom 9. März 1917:

„... Ein deutsches Kolonialreich in Mittelafrika hat noch einen Vorteil vor unseren früheren Kolonien in den verschiedenen Teilen des Globus, welcher nicht unterschätzt werden darf. Das ist seine verhältnismäßige Nähe bei Europa. Wenn der Schienenstrang einmal von Chartum bis Lado vorgeschoben sein wird, und wenn die Lokomotive regelmäßig zwischen Damaskus und dem Suez-Kanal fährt, was jedenfalls beides früher oder später der Fall sein wird, wenn man also über Land von Dresden bis nach Deutsch-Ostafrika fahren kann, so wird man die Reise in neun bis zehn Tagen machen können.

Man muß sich klar machen, was dies für die Verteidigung Deutsch-Ostafrikas im Notfall bedeuten würde. Aber ganz abgesehen davon. Ein Besiedelungsland gewinnt durch jeden Tag größerer Annäherung an die Heimat unendlich an Wert. Man muß selbst eine Reihe von Jahren in Afrika gelebt haben, um dies in seinem vollen Umfang verstehen zu können.

Politisch würde dieser Umstand natürlich viel mehr bedeuten, wenn es der mit uns verbündeten Türkei gelänge, ihre alten Ansprüche auf Ägypten und den Sudan wieder lebendig werden zu lassen, wenn das Deutsch-Mittelafrika der Zukunft im Norden also an eine befreundete Macht angrenzen würde. Oder auch nur, wenn es Ägypten gelänge, sich im Laufe der Zeit von der britischen Bevormundung frei zu machen und ein selbständiges Staatswesen am Nil zu gründen. Aber, wie dies auch werden mag, jeder Ansiedler in Mittelafrika wird es als einen großen Vorteil empfinden, in einem Gebiet zu wohnen, welches in Landverbindung mit der alten Heimat steht und der zivilisierten Welt verhältnismäßig nahe liegt.“

Peters zeigt hier, den realpolitischen Weg verlassend, ferne Zukunftsmöglichkeiten, von denen auch Kjellén in seinen „Problemen des Weltkrieges“ sagt, daß geopolitische Entwicklungstendenzen zur Vereinigung von Mitteleuropa und Mittelafrika zum Reich der Mitte der alten Welt führen. Emil Zimmermann hat diesen Gedanken auch größer gefaßt, indem er Mitteleuropa, Mittelafrika, Süd- und Mittelamerika zu einem großen, durch das Streben nach geschlossener Wirtschaft verbundenen, autarkischen Staatenbund zusammenfaßt:

„Der Gedanke eines deutschen Mittelafrika ist nicht deshalb so wichtig, weil Mittelafrika uns sofort eine erhebliche Menge von Rohstoffen zuführt, sondern weil er zur Scheidung der Geister auch im Auslande den Anstoß gibt. Der angel-



jächische Widerstand verliert an Kraft, wenn die Angelsachsen wissen, daß wir sie nicht in ihren eigenen Kolonialgebieten vergewaltigen wollen, und vor allem tut sich sofort zwischen Nord- und Süd- und Mittelamerika eine tiefe Kluft auf.

Die Interessen dieser Ländergebiete sind durchaus nicht in Übereinstimmung. Vor allem stehen sie sich als Wettbewerber im Kampfe um die Heranziehung von Einwanderern gegenüber. Die Wirtschaft Nord- und Südamerikas ist sehr wesentlich auf den dauernden Zufluß von arbeitskräftigen und unternehmungslustigen Europäern aufgebaut. Und die großen südamerikanischen Staaten, namentlich Argentinien und Brasilien, haben alles mögliche getan, den Nordamerikanern die Einwanderer abzujauchen. . . . .

Wir haben es nun in der Hand, zugunsten des Südens ganz energisch einzugreifen. Wir und unsere Bundesgenossen müssen — unter der Voraussetzung, daß Mittel- und Südamerika eine uns genehme Rohstoffpolitik betreiben — die große Unruhe, welche unsere Angehörigen in Nordamerika und die Deutschen in Südafrika und Australien ergriffen hat, zur Beeinflussung der Wanderung der überseeischen Deutschen, Oesterreicher, Ungarn, Bulgaren, Türken ausnutzen. Sie müssen aufgefordert werden, soweit sie nicht das deutsche Reichs- und Kolonialgebiet und die uns verbündeten Länder aufsuchen wollen, nach Süd- und Mittelamerika zu gehen. . . . Die angelsächsischen Hauptmächte, selber Besitzer großer Rohstoffgebiete, haben kein Interesse an der Entwicklung Mittel- und Südamerikas. Ihre Staaten aber und die mitteleuropäischen Kaiserreiche ergänzen einander aufs beste.

Eine derartige Neuorientierung der deutschen Wirtschafts- und Weltpolitik bedeutet nicht die Abhängigkeit, sondern geradezu die Loslösung von den Angelsachsen. Sie gibt uns die Freiheit der Entwicklung und bedroht die angelsächsischen Gebiete keineswegs mit deutschem Zwang. Den Anstoß zu dieser Neuorientierung gibt die Bekanntgabe des deutschen Kriegszieles Mittelafrika."

## Wert.

Die letzten Äußerungen, die hier wiedergegeben wurden, greifen bereits weit über das, was im ersten Teil dieser Schrift zur Besprechung stand, hinaus und berühren in vielem schon die Frage des Wertes des Kolonialbesitzes. Bei der Erörterung dieses Teiles der Zusammenstellung sei kurz auf die Klassifikation der Kolonien in der Volkswirtschaftslehre hingewiesen. Prof. Conrad-Halle hat in seinem „Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie“ unter dem Gesichtspunkt der Wertung folgende Kategorien unterschieden: 1. Strafkolonien, 2. Schiffstationen und Depots, 3. Handelskolonien, 4. Plantagenkolonien, 5. Ackerbaukolonien. In der heutigen Zeit fallen die Kolonien der unter 1 genannten Art nicht ins Gewicht. Die Fragen der Kolonien als Schiffstationen usw. sind schon besprochen. Handelskolonien bilden im allgemeinen den Anfang jeder Kolonisation — so auch für Deutschland. Einzelne Unternehmer gründen Handelsniederlassungen, um die heimatischen Waren gegen die kolonialen Produkte einzutauschen. Der Heimatstaat übernimmt dann später bei erfolgversprechender Entwicklung der Handelsbeziehungen den Schutz dieser Niederlassungen. Je nach der klimatischen Eignung des Landes wird sich der Schutzstaat bzw. die Kolonie nunmehr zur Plantagenkolonie oder zur Ackerbaukolonie entwickeln. In tropischen Distrikten, die für die Siedlung nicht in Frage kommen, geht regelmäßig die Entwicklung von der Handelskolonie zur Plantagenkolonie. So hat sich Kamerun direkt als Schulbeispiel in dieser Hinsicht entwickelt. Gestattet das Ge-

biet der Handelsniederlassung die Ansiedlung von Europäern, so wird sie sich zur Ackerbaukolonie entwickeln.

Inwieweit unser bisheriger Kolonialbesitz geeignet war, als Siedlungsgebiet zu gelten, zeigt die nachstehende Bevölkerungsstatistik, die der Denkschrift des Reichskolonialamtes vom Jahre 1911 entnommen ist und den Stand vom 1. Januar 1910 angibt.

Schutzgebiet	Weiße Bevölkerung			Farb. Bevölkerung	
	männlich	weiblich	zus.	Einheimisch	Nichteinheimisch
Ostafrika . . . . .	2835	921	3756	ca. 10 000 000	28 000
Kamerun . . . . .	1117	167	1284	ca. 2 300 000	2 199
Togo . . . . .	310	62	372	ca. 1 000 000	—
Südwestafrika . . . . .	9591	3344	12935	65 726	3 197
Sonstige Besitzungen	1127	400	1527	351 227	4 926
Summe	15 180	4894	20 074	13 716 953	38 322

In einer Zusammenstellung des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees vom Jahre 1914 ist die Gesamtzahl der weißen Bevölkerung mit 24 389 (1910: 20 074) und die der einheimischen farbigen Bevölkerung mit 12 041 603 (1910: 13 716 953), der nichteinheimischen farbigen Bevölkerung mit etwa 25 000 (1910: 38 322) angegeben.

Dieser Bevölkerungszahl ist gegenüber zu stellen, daß unser Kolonialbesitz einen Flächenraum von rund 2 907 400 qkm einnimmt, also etwa sechsmal so groß wie Deutschland (540 743 qkm) ist.

Das in den Kolonien tätige Kapital der verschiedenen Handelsgesellschaften betrug 1912 rund 506 Millionen Mark, von dem 2 % in 10 Bankunternehmungen, 8 % in 9 Schiffahrtsgesellschaften, 12 % in 7 Eisenbahn- und sonstigen Verkehrsbetrieben, 22 % in 47 Bergbauunternehmungen, 23 % in 138 Pflanzungen und Viehzüchtereien, 27 % in 109 gemischten Betrieben von Handel, Gewerbe und Industrie und endlich 6 % in 79 Betrieben zur Diamantförderung angelegt waren.

Aus diesen Angaben ergibt sich die Tatsache, daß der deutsche frühere Kolonialbesitz als Siedlungsland nicht sehr in Frage kommt. Die einzige Kolonie, die geeignet ist, sich zur Ackerbaukolonie zu entwickeln, ist Deutsch-Südwestafrika. Diese Entwicklung ist aber durch die außerordentlich schweren Kämpfe in den Zeiten der Herero-Aufstände sehr aufgehalten worden.

Die Bedeutung der Kolonien als Abnehmer deutscher Waren zeigt folgende Tabelle, die der erwähnten Zusammenstellung des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees entnommen ist und deren Zahlen für das Jahr 1913 gelten:



Ausfuhr aus Deutschland nach:	Ostafrika . . .	16,5	Millionen	Mark,
	Kamerun . . .	12,0	"	"
	Togo . . . . .	2,6	"	"
	Südwestafrika	20,9	"	"
	Neuguinea . .	1,9	"	"
	Samoa . . . . .	0,6	"	"

Insgesamt 54,5 Millionen Mark.

Diesen Aufnahmen deutscher Waren steht eine Abgabe von Kolonialprodukten nach Deutschland in Höhe von 52,8 Millionen Mark gegenüber.

Es waren bereits im ersten Teil dieser Zusammenstellung Vertreter des Gedankens „Mittelafrika“ zu Worte gekommen. Zur Betrachtung des Wertes unserer seitherigen Kolonien als Plantagenkolonien sei daher eine Statistik herangezogen, die gleichzeitig auch den Wert der Teile Mittelafrikas darstellt, die bei Schaffung eines mittelafrikanischen Reiches unserem früheren Besitz zugeteilt werden sollen und die Dr. J. Neumann-Frohnau im „Panther“, März 1917, veröffentlichte:

Koloniale Ausfuhr im Jahre 1911 in Millionen Mark.

	Kautschuk und Gummi	Del- früchte	Fette und Dele	Häute und Felle	Eisen- bein	Wachs und Harz	Kakao
Französisch-West- u. Mittelafrika	42,6	46,4	22,4	13,5	4,6	2,2	0,1
Portugiesisch-Afrika	16,4	5,0	2,5	—	0,1	2,0	43,1
Belgisch-Kongo	20,0	2,0	1,2	—	5,0	1,3	0,9
Deutsch-Ost-Afrika	4,8	2,7	—	3,0	0,5	0,9	—
Kamerun	11,1	4,2	1,4	—	0,6	—	3,3
Togo	0,8	3,7	1,7	—	—	—	0,2
Deutsch-Südwest-Afrika	—	—	—	0,3	—	—	—
Afrika	95,7	64,0	29,2	16,8	10,8	6,4	47,6
Deutsch-Neu-Guinea usw.	0,1	3,4	—	—	—	—	—
Karolinen usw.	—	1,2	—	—	—	—	—
Samoa	—	3,6	—	—	—	—	0,8
Zusammen:	96,8	72,2	29,2	16,8	10,8	6,4	48,4
Deutschlands Bedarf:	157,7	424	58,2	331	5,6	42,5	55,5

Die sich aus diesen Zahlen ergebende Bewertung des mittelafrikanischen Gebiets sowie die Entwicklungsmöglichkeiten, die hier kolonialer Betätigung sich öffnen, hat Dr. Neumann-Frohnau in dem genannten Artikel wie folgt zusammengefaßt:

„Die Geschwindigkeit, mit der sich die Entwicklung in den nächsten Jahren vollziehen wird, hängt zweifellos zum großen Teil von dem mehr oder minder erfolgreichen Ausgang des Krieges ab. Die kriegerischen Ereignisse haben nicht nur einen Stillstand, sondern vielfach eine völlige Vernichtung der vorhandenen Anlagen gebracht. Viele Pflanzungen sind inzwischen verrottet und verkommen. Hunderte von Millionen an Kapital sind verloren gegangen. Da wir nach dem Kriege in Deutschland ganz gewiß nicht an Kapitalüberschuß leiden werden, wird es nicht ganz einfach sein, zur Anlage in den Kolonien Geld zu bekommen. Denn das Kapital wird sich in erster Linie sichere Anlagen aussuchen. Daß Kolonialwerte

dazu nicht gehören, solange wir im Kriegsfall nicht die Möglichkeit haben, die Verbindung mit unseren Kolonien aufrecht zu erhalten und ihnen gegen feindliche Angriffe Unterstützung zu gewähren, liegt klar auf der Hand. Wird England nicht besiegt, so muß damit gerechnet werden, daß nach 10 oder 20 Jahren wieder einmal die Kriegsfurie über Afrika dahinbraust, und eine solche Aussicht wird nicht gerade geeignet sein, Kapital anzulocken, das jetzt bei uns im eigenen Lande oder bei den Verbündeten zu einem gegenüber früher hohen Zinsfuß Anlage finden kann. Auch das Reich wird Milliarden zu Neuanlagen im eigenen Gebiet und in den anzugliedernden Gebieten brauchen, im übrigen aber größte Sparamkeit walten lassen müssen, so daß an einen schnellen Ausbau des Eisenbahnnetzes in den Kolonien kaum zu denken sein wird.

Aus alledem ergibt sich, daß ein deutsches Kolonialreich in Afrika, selbst wenn es durch alle französischen, portugiesischen und belgischen Kolonien in Mittel- und Westafrika erweitert wird, keinesfalls in den nächsten Jahrzehnten eine ausschlaggebende Rolle in unseren Außenhandelsbeziehungen erlangen kann, daß es somit in wirtschaftlicher Hinsicht für uns nur einen begrenzten Wert besitzt, daß aber die Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft um so größer sind, je entschiedener England besiegt wird und je größer die Aussicht ist, zwischen den Kolonien und dem Mutterlande stets eine ungestörte Verbindung aufrecht zu erhalten.

Damit ist gleichzeitig auch gesagt, daß im Rahmen der Kriegsziele der Kolonialbesitz nicht ein unbedingtes Ziel darstellen kann, sondern daß er nur unter gewissen Voraussetzungen seinen vollen Wert erlangt, nämlich wenn es gelingt, unsere Stärke zur See England gegenüber nicht nur zu erhalten, sondern auch zu kräftigen“.

Geben die genannten Tabellen und Zahlen auch kein allzu günstiges und optimistisch stimmendes Bild unserer bisherigen kolonialen Betätigung, so hat doch die Entwicklung der Kolonialwirtschaft gezeigt, daß ein immer größerer Bruchteil unserer Gesamteinfuhr aus den Kolonien wird bezogen werden können, und daß sie uns einst werden mithelfen können, Monopolbestrebungen uns feindlicher Mächte auf dem Rohstoffmarkt zu durchkreuzen. Der von England gegen uns durchgeführte Wirtschaftskrieg hat überall die Erkenntnis der Notwendigkeit kolonialer Betätigung gefördert und unserer künftigen Kolonialpolitik die Mithilfe all' der Kreise gesichert, die früher abseits standen.

Im Novemberheft 1916 der „Sozialistischen Monatshefte“ hat Max Cohen-Reuß sich über die Notwendigkeit einer deutschen Kolonialzukunft geäußert und dabei allzu einseitigen Vertretern der Idee Mitteleuropas gezeigt, daß Mitteleuropa die überseeisch-weltwirtschaftliche Betätigung Deutschlands nicht zu ersetzen vermag. Er schreibt dort:

„Für die weltwirtschaftliche Entfaltung großer Industrie- und Handelsstaaten vom Schlage Deutschlands sind eigene Kolonien ein unbedingt notwendiges Hilfsmittel, das für die Aufrechterhaltung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts und zum Ausgleich wirtschaftlicher Schwierigkeiten nicht mehr entbehrt werden kann. Das Streben nach Kolonialbesitz ist eines der ausprägendsten Merkmale moderner kapitalistischer Großstaaten. Und eine solche, nahezu mit Naturgewalt auftretende Erscheinung, kann eine große politische Partei wie die Sozialdemokratie nicht damit abtun, daß sie sie ablehnt und die ganze Entwicklung als falsch und entbehrlich bekämpft. Wenn alle anderen Nationen, und gewiß nicht unnütz, Kolonialpolitik treiben, so ist es für ein Land von der industriellen und geistigen Leistungsfähigkeit Deutschlands schlechterdings unmöglich, darauf zu verzichten, es sei denn auf Kosten seiner Aufwärtsentwicklung.“

Kann es somit keinen Zweifel mehr darüber geben, daß Deutschland zur Sicherstellung und Ergänzung seiner Rohstoffversorgung ein großes eigenes Kolonialgebiet nötig hat, das ein starkes Gegengewicht gegen die monopolartige



anglo-amerikanische Beherrschung der Rohstoffherzeugung sein wird, so ist es nicht minder unzweifelhaft, daß wir zur Arbeit in den Kolonien die besten Kräfte des Mutterlandes gebrauchen.

Die Zukunft des deutschen Kolonialbesitzes wird natürlich vom Ausgang des Weltkrieges abhängen, besonders aber von der Machtposition, die Deutschland beim Beginn der Friedensverhandlungen innehaben wird. Man darf nie vergessen, daß auch die Anfänge deutscher Kolonialpolitik gegen den Willen Englands gemacht wurden. Ihre Weiterentwicklung dürfte auch kaum von englischem Wohlwollen begleitet sein. Es ist sehr bezeichnend, daß in dem Friedensjübler der „Basler Nationalzeitung“, der am 17. November 1916 veröffentlicht wurde, die Vermutung ausgesprochen wird, daß das Kolonialprogramm am schwierigsten zu lösen sein werde, und daß man gerade in bezug auf diesen Punkt schwierige Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Deutschland erwarte. Es ist das erste Mal in all den 28 Monaten des Weltkrieges, daß dieses Kernproblem des deutsch-englischen Wirtschaftsgegensatzes überhaupt berührt wurde. Ein deutscher Kolonialbesitz, der wirklich diesen Namen verdiente, müßte sich auf ein zusammenhängendes afrikanisches Kolonialreich erstrecken, das im Westen und Osten ans Meer reicht. In der ganzen Welt verstreute kleine Kolonien sind für Deutschland eine Last, weil sie von der Basis des Mutterlandes zu weit entfernt, aber nicht kräftig und groß genug sind, um in kritischen Zeiten selbst eine Basis zu bilden. Anders würde es sich mit einem großen afrikanischen Besitz verhalten. Dieser könnte auch in Zeiten der Not (besonders nach den Erfahrungen dieses Krieges) aus eigenen Mitteln verteidigt und gehalten werden.“

Auch die Äußerungen des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Lensch müssen hier erwähnt werden, der im „Hamburger Echo“ am 4. August 1917 schrieb:

„Nun haben sich gerade in der Kolonialpolitik die Dinge durch den Krieg wesentlich geändert. Bis zum Kriege hatte man annehmen können, daß die Bedürfnisse des freien Handels und das Spiel von Angebot und Nachfrage schon dafür sorgen würden, daß wir jederzeit alles, was die deutsche Volkswirtschaft braucht, kaufen können, und zwar zu den gleichen Preisen, wie die übrigen Käufer. Nach dem Kriege ist auf eine Wiederherstellung dieser scheinbaren Selbstverständlichkeiten keineswegs sicher zu rechnen. England will den deutschen Welthandel vernichten, und je mehr sich das als möglich herausstellen mag, desto energischer wird es alle ihm zu Gebote stehenden Maßregeln ergreifen, um den deutschen Welthandel zum mindesten zu verkrüppeln. Das aber wird ihm nicht allzuschwer fallen, wenn man erwägt, daß ungefähr vier Fünftel des Kolonialhandels der Welt in englischen Händen ruhen. Die Politik der „offenen Tür“, die ja schon vor dem Kriege auch von englischer Seite beziehungsweise von Seiten der englischen Kolonien eine ganz eigenartige Handhabung erfuhr, würde sich nach dem Kriege ganz offensichtlich als die Tür erweisen, durch die man den deutschen Kaufmann hinauswürgt. Die Wahrscheinlichkeit besteht, daß Englands Weltreich und das ihm verbündete Amerika die land- und forstwirtschaftlichen Rohstoffe, die Deutschlands Industrie gebraucht, nur unter erschwerenden Umständen oder mit Aufschlägen an Deutschland verkaufen werden, was natürlich die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt vernichten, oder zum mindesten aufs schwerste gefährden würde. Und nicht nur das. Die gesamte deutsche Volkswirtschaft würde dadurch außerordentlich bedroht. Nicht bloß die Industrie, auch unsere Landwirtschaft würde durch den von England vorbereiteten Wirtschaftskrieg nach dem Kriege im Kerne erschüttert. Denn was wir im Frieden die „blühende Landwirtschaft Deutschlands“ nannten, das hatte eine ausgedehnte Kolonialwirtschaft zur Voraussetzung. Die gewaltige Produktionssteigerung von Getreide, Kartoffeln, Zucker und Fleisch, die die deutsche Landwirtschaft in den letzten dreißig Jahren kennzeichnete, war unter anderem nur dadurch möglich, daß wir aus den Tropen genügend Delfrüchte als Kraftfuttermittel für das Vieh beziehen und demgemäß die Bestellung des Bodens mit Futtermitteln entsprechend einschränken konnten. Das gleiche trifft für die Ver-

minderung oder eigentlich das Verschwinden der Anbaufläche für Gespinnstpflanzen, das enorme Zurückgehen der Schafzucht und das Verschwinden der Weiden zu, wofür eine Erhöhung der Einfuhr kolonialer Wolle und Baumwolle eintrat. Im Kriege, wo wir drei Jahre hindurch die Probe auf das landwirtschaftliche Exempel für die Erhaltung des deutschen Volkes in der Heimat der ungestörte und zugreifen, der Milchtrug unserer Kühe infolge Fehlens der Delfrüchte als Kraftfutter um fast die Hälfte abgenommen. Die heimischen Futterstoffe sind bei weitem nicht so ergiebig, ergeben auch nicht einen gleich wertvollen Dung, wie die aus den Kolonialgebieten bezogenen Delfrüchte. Wo diese fehlen, da sinkt auf die Dauer der Ertrag der Milch-, Fleisch-, Getreide- und Häuteproduktion und damit kommt die materielle Grundlage unserer Existenz ins Wanken.“

Das haben wir erlebt. Aber die Engländer haben es auch erkannt. Um so energischer werden sie darauf dringen, sich durch diesen Krieg das Kolonialmonopol zu sichern, um Deutschland jederzeit wirtschaftlich und damit politisch in der Hand zu haben. Gegen diese Pläne hilft nur die Schaffung eines deutschen Kolonialreiches, wie es teilweise vor dem Kriege bestand und wie es auch die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Stockholmer Denkschrift verlangt hat. Nur dann, wenn Deutschland nicht von der Gnade Britanniens abhängig ist, hat der Satz der Reichstagsresolution, der vom Wirtschaftsfrieden und freundschaftlichen Zusammenleben der Völker spricht, Aussicht auf Erfüllung.“

Diese Ausführungen mögen genügen als Beweis dafür, daß der Wert und die Notwendigkeit kolonialpolitischer Betätigung überall erkannt ist. Wie aber soll die Kolonialpolitik nun im Hinblick auf den Wert des Kolonialbesitzes für die Heimat durchgeführt werden? Die vorhin angegebene Tabelle über die Bevölkerungszusammensetzung in unseren Kolonien hat gezeigt, daß bisher wenigstens die Kolonien ihre Aufgabe, Siedlungsgebiete für den Volksüberschuß des Mutterlandes abzugeben, nicht erfüllt haben. Diese Aufgabe wird ihnen aber gestellt werden.

Emil Zimmermann begründet auch in dieser Hinsicht seine Forderung nach Mittelafrika. Er schreibt in der „Bosnischen Zeitung“ vom 16. Oktober 1917:

„Wer nicht will, daß die mitteleuropäische Menschenfülle zu einer dauernden Gefahr für Europa wird, der muß Deutschland die Fortsetzung seiner intensiven Wirtschaft durch die Offene Tür ermöglichen, oder ihm eine Offene Tür zu einem eigenen großen Gebiet geben.“

Und in der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 11. Dezember 1916 erhebt er die Forderung, den Auslandsdeutschen, die durch den Krieg um ihr Vermögen und ihre Existenz gebracht sind, ein großes Neudeutschland über'm Meere, eben in Mittelafrika, als Heimat zu geben.

Alle diese Anregungen haben eine ziemlich scharfe Zurückweisung in einem von kolonialpolitisch geschätzter Seite in der „Bosnischen Zeitung“ vom 17. Juli 1917 veröffentlichten Artikel gefunden:

„Wer längere Zeit in Afrika gelebt hat, der weiß, daß es kein Boden ist, der die Eigenart des Europäers, geschweige denn die seiner Nachkommenschaft, erhält . . . Wir sollten uns hüten unser Volkstum durch Auswandererkolonien in Afrika zu verschlechtern, da Rückheiraten nach der Heimat nicht ohne Rückwirkungen auf diese bleiben würden.“

Ein sehr gründlicher Kenner all' der hier in Frage kommenden Probleme, Dr. Paul Rohrbach, hat aber am 17. Dezember 1916 in der



„Kölnischen Zeitung“ einen Artikel veröffentlicht, der die Hoffnungen der Mittelafrika-Politiker doch gerechtfertigt erscheinen läßt:

Vergleicht man die Fortschritte, die im Laufe der letzten zwanzig Jahre in der Bekämpfung der großen klimatischen Gesundheitsgefahren gemacht worden sind, mit dem früheren Stande der Dinge, so hat eine solche Voraussage nichts Uebertriebenes. In den Kongosümpfen, am Tschadsee und im Nigerdelta wird voraussichtlich niemals eine weiße Ansiedlerbevölkerung leben können; auf den unermeßlichen Savannen des inneren afrikanischen Hochlandes wird es aber in Zukunft auch dort, wo die Höhengrenze erheblich unter die heutige klimatische Gesundheitslinie herabgeht, wahrscheinlich wohl der Fall sein. Was das in politischer und wirtschaftlicher Beziehung bedeuten kann, möge man z. B. daraus entnehmen, daß die heutige, mehr als 300 000 Seelen starke deutsche Bevölkerung Südbraasiens von nicht mehr als 30 000 oder 40 000 deutschen Einwanderern abstammt, die in der Hauptsache zwischen 1820 und 1850 nach Brasilien gingen. Für die Tierzucht gibt es noch frappantere Zahlen: die 4 Millionen Rinder, 1 Million Pferde und 80 Millionen Schafe Australiens haben zu Vorfahren wenige Dutzend Vater- und Muttertiere, die vor über hundert Jahren bei der ersten Besiedelung der Verbrecherkolonie beim heutigen Sydney mit ins Land gebracht wurden. Malaria, Schlafkrankheit und Detsjesliege, die im tropischen Afrika jetzt noch ähnlich verhindern, können und werden nach einigen Jahrzehnten zu den überwundenen Geißeln der Menschheit und der Tierwelt gehören.“

Vorläufig steht hier noch Behauptung gegen Behauptung und erst die zukünftige, vom Friedensschluß abhängige Zusammensetzung unseres Kolonialbesitzes wird zeigen, ob es möglich war, wirkliches Siedlungsland uns zu gewinnen.

Ueber die Entwicklungsmöglichkeiten des Kolonialbesitzes, über den Wert der einzelnen Teile Afrikas für die Volkswirtschaft des Mutterlandes seien noch einige Stimmen angeführt.

Aus dem eben erwähnten Artikel der „Boschischen Zeitung“ vom 17. Juli 1917 seien die Ausführungen angeführt, die sich gegen das Projekt „Mittelafrika“ wenden:

„Was wir aber von Deutsch-Afrika verlangen müssen, sind diejenigen Erzeugnisse, die der heimliche Boden nicht hervorbringen kann, also die eigentlichen tropischen Produkte, zu denen wir außer Pflanzenfett und Futterkräutern, Kautschuk, Kakao, Kaffee und Tee auch die Baumwolle zählen müssen.“

Kann uns da Mittelafrika in absehbarer Zeit zufrieden stellen? Wer nur halbwegs die Verhältnisse kennt, wird die Frage — vielleicht mit Ausnahme von Kakao — mit einem Nein beantworten müssen. . . . .

Warum richten wir unsern Blick nicht auf das eigentliche Westafrika, etwa von Kamerun bis Darfur? Das ist das Beste, was das tropische Afrika aufzuweisen hat. Die Karte zeigt uns, wieviel leichter dank der breiten Lagerung der Küste entlang in Verbindung mit den großen Strömen und den vorhandenen Eisenbahnen die Transportfrage in jenem Gebiet gelöst werden kann, ja zum größten Teil bereits gelöst ist. Auch ist es rascher von der Heimat aus zu erreichen als Mittelafrika. Vor allem aber sprechen die wirtschaftlichen Verhältnisse zu seinen Gunsten. Unsern Bedarf an Pflanzenfetten, Kraftfutter und Kakao könnten wir dort zum größten Teil decken, unsern Bedarf an Kautschuk, Kaffee und Tee bei den reichlich vorhandenen Arbeitskräften in absehbarer Zeit heranziehen. Auch die Baumwollfrage läßt sich an Hand englischer Vorarbeiten und unsrer Erfahrungen in Togo lösen. Die Mineralische an Zinn und Kohle sowie Gold seien nur nebenbei erwähnt. Ein Ansiedlungsgebiet ist dieses Westafrika freilich nicht, und das ist gut so, aber ein Gebiet, wo unter deutscher Leitung und zum Nutzen des Heimatlandes wie der Eingeborenen deren Produktionskraft ganz außerordentlich gehoben werden kann, und zwar ohne allzu große Zuschüsse des deutschen Steuerzahlers und ohne eine Konkurrenz für den deutschen Landwirt zu bilden.“

Demgegenüber möge Emil Zimmermann, der eifrigste Befürworter der Idee Mittelafrika, zu Worte kommen und zwar in einigen Ausschnitten aus seinem Buch: „Die Bedeutung Afrikas für die deutsche Weltpolitik“ (Berlin 1917, E. S. Mittler & Sohn). In Zentralafrika sieht er das Rohstoffland der Zukunft und vergleicht es in seiner Bedeutung mit Brasilien. Allerdings kann er sich nicht verhehlen, daß die Bodenbenutzung sowohl der Fläche wie der Art nach eine ungenügende ist.

(Seite 48).

„Was die Bodenbenutzung durch den Menschen betrifft, so handelt es sich in ganz Zentralafrika nur um vereinzelte Kulturoasen im gewaltigen Urwald- und Steppengebiet. Für Indien mit seinen 315 Millionen Menschen gibt das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich für rund 2 1/2 Millionen qkm (die Gesamtfläche ist 4 667 300 qkm) die Bodenbenutzung an. Von jenen 2 1/2 Millionen qkm sind 1,1 Millionen qkm landwirtschaftlich benutzt, 327 300 qkm sind Forsten und Holzungen, rund 1 Million qkm sind weder land- noch forstwirtschaftlich verwendet. Ueber die Größe der gesamten Kulturläche Indiens habe ich keine Angaben gefunden. Beträgt sie 1 1/2 Millionen qkm für seine 315 Millionen Menschen, so begnügen sich die 30—38 Millionen Mittelafrikaner, die in der Hauptsache nur ihren eigenen Nahrungsbedarf decken, mit vielleicht 100 000 qkm Anbaufläche, vielleicht noch weniger. Von den 7 bis 7 1/2 Millionen qkm Mittelafrikas ist nur der siebzigste Teil angebaut. Prachtvolle, weite Gebiete liegen brach, in Unkultur, und die Unkultur brütet gefährliche Seuchen aus. Laßt die Anbaufläche in Zentralafrika auf nur ein Zehntel des Gesamtgebietes ansteigen, und ihr werdet es nicht mehr wiedererkennen.“

Für die Gewinnung von Kautschuk, Kakao, Nutzholz, ferner Baumwolle, Faserpflanzen, Mais, Erbsen, Zuckerrohr usw., sowie für die Viehzucht macht Zimmermann außerordentlich hoffnungsvolle Angaben. Den Wert der mittelafrikanischen Politik sieht er darin, daß Mittelafrika allein die Sicherheit gegen die Monopolbildungen auf dem Rohstoffmarkt seitens unserer heutigen Gegner geben kann.

Bei der Besprechung der militärischen Sicherheiten des Kolonialbesitzes war im ersten Abschnitt auf einen Artikel des Wirklichen Geheimen Legationsrates Dr. von Buchka bezüglich unserer Südseebesitzungen zurückgegriffen. In dem gleichen, im „Tag“ am 17. April 1917 erschienenen Artikel hat Dr. von Buchka auch den wirtschaftlichen Wert der Südseebesitzungen besprochen:

„Unsere bisherigen Südseebesitzungen haben einen größeren Wert für uns als den eines eventuell gut zu verwendenden Kompensationsobjektes. Zunächst muß ihre wirtschaftliche Bedeutung hoch eingeschätzt werden. Auf den deutschen Südpazifikinseln hatte sich ein in stetigem Aufblühen begriffener Plantagenbau entwickelt, in dem deutsche Kapitalien von hohem Werte angelegt waren und die dort gewonnenen Bodenerzeugnisse, außer Kakao, Vanille, Kautschuk, vor allem die Kopra, das Produkt der Kokosnuß, stellten Ausfuhrartikel dar, deren Bedeutung für die Volkswirtschaft des Mutterlandes ständig gestiegen war und deren Anbau noch lange nicht die Höchstgrenze erreicht hatte. Sodann hatte in neuerer Zeit die Erforschung der deutschen Inseln nach dem Vorkommen von Mineralstoffen begonnen, und auf verschiedenen Stellen waren hochwertige Mineralphosphate festgestellt, deren Abbau und Ausführung gleichfalls in der letzten Zeit vor dem Kriege einen erheblichen Aufschwung genommen hatte. Die Verwertung der Erzeugnisse unserer Südpazifikinseln durch den deutschen Handel datiert schon recht weit zurück.“



Noch sind wir über den Umfang unseres zukünftigen Kolonialreiches im Ungewissen. Das eine läßt sich aber mit Bestimmtheit sagen, mehr denn je wird die Kolonialbetätigung des Reiches von allen Schichten des Volkes getragen werden und bei den zukünftigen Friedensverhandlungen wird kaum eine Forderung so nachdrücklich auf den Willen des gesamten Volkes aufgebaut sein, wie die Forderung Deutschlands nach seiner industriellen Entwicklung entsprechendem Kolonialbesitz. Die großen Ziele unserer zukünftigen Kolonialpolitik sind am ausdruckvollsten in einer Entschliebung der Deutschen Kolonial-Gesellschaft vom Juli 1917 zusammengefaßt, deren Wortlaut nachstehend wiedergegeben ist:

„Die deutsche Kolonial-Gesellschaft ist durchdrungen von der Ueberzeugung, daß der Verlauf des Weltkrieges die innige gegenseitige Verknüpfung heimatischer und überseeischer kolonialer Betätigung immer zwingender hervortreten läßt. Die Wahrung der Weltmachstellung Deutschlands und der drohende Wirtschaftskampf erheischen gebieterisch, daß dem deutschen Vaterlande in Europa eine feste Machtposition errungen wird, die seine Seegeltung sichert und den Zugang zum Weltmeere offen hält. Sie verlangt aber ferner, daß die überseeische Betätigung Deutschlands durch den Besitz eigener Kolonien in wesentlich erweiterten Grenzen und in Anpassung an überseeische Stützpunkte gewährleistet wird. Ohne Sicherstellung der Rohstoffversorgung drohen der deutschen Volkswirtschaft und dadurch auch unserer arbeitenden Bevölkerung unabsehbare Gefahren.

Die Deutsche Kolonial-Gesellschaft begrüßt daher mit freudiger Genugtuung den durch den Staatssekretär des Reichskolonialamtes im Namen des Reichsanzlers in Leipzig erklärten Willen, die Rückgabe unserer sämtlichen Kolonien und den Ausbau eines starken Kolonialreiches in Afrika durchzusetzen. Eine solche Erweiterung ist in erster Linie in Mittelafrrika — Festland und Inseln — anzustreben. Das ermöglicht den Zusammenschluß der bisherigen deutschen Kolonien. Das faßt auch den Erwerb westafrikanischer Kolonien in sich, die bei ihrer dichten Bevölkerung, bei dem Reichtum an leicht gewinnbaren kolonialen Rohstoffen und der Möglichkeit der Anlegung von Flottenstützpunkten für uns von unersehbarem Wert sind. Die Deutsche Kolonial-Gesellschaft erhebt gleichzeitig den schärfsten Einspruch gegen den Gedanken eines Verzichtes auf unsere wirtschaftlich und flottenstrategisch wertvollen Südsee-Kolonien und tritt nach wie vor eindringlich für die Wahrung der überaus wichtigen deutschen Interessen in Ostasien ein.“